

Harzer Volksstimme

(Halberkänder Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Zeugnispreis halbmöndlich 1 Mark einschließlich Druckerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich je einmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen- genommen. Redaktion: D. Dr. Fritz Halberstadt, Dampflag 48. Fernruf 2914. Verlag: Volksstimme-Zeitung, Paul Weber, O. M. 5. D. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Arthur Wolfenbutter, für den lokalen Teil: Wilhelm Rindemann, für Redaktionen u. Inserate: Karl Zreff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Zeile pro Woche oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restamesse 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Wählzettel ist der bei Zustellung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Ankündigungen in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2913). Postfach 60 Magdeburg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerweg) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 277

Mittwoch, den 26. November 1930

5. Jahrgang

Trübe Aussichten.

Die Partei vor neuen schweren Entschlüssen.

Berlin, 26. November. (E.F.) Der Reichstanzler hat seine Befragungen zur Klärung der parlamentarischen Lage am Dienstag fortgesetzt und außer Vertretern des Christlichsozialen Volksdienstes folche der Landvolkspartei empfangen. Am heutigen Tage wird er sich mit den Deutschnationalen, der Bayer. Volkspartei und nochmals mit der Sozialdemokratie befassen. Die Kabinettsitzung, in welcher Brining über die Ergebnisse seiner Befragung berichten und das Kabinett über den weiteren Weg zur Durchführung der vom Reichstag bereits verabschiedeten Gesetzesvorlagen beschließen wird, findet voraussichtlich am Donnerstag statt.

Was wir gestern schon antizipierten, wird heute morgen durch den „Vorwärts“ bestätigt. In der Tat sieht die Partei wieder vor Entschlüssen, die an das politische Verständnis der Mitglieder höchsten Anforderungen stellen. Unter Zentralorganen fließt die wenig erfreuliche Kunde in folgende Worte:

„Eine Reichsregierung als Diktaturregierung oder eine Reichsregierung als Mehrheitsregierung mit dem Zentrum oder aber die Regierung Brining, die wenn es geht, parlamentarisch regiert, wenn es aber nicht geht, mit einem irgendwie usurpierten Verordnungsrecht — diese Möglichkeiten scheinen zur Zeit die allein gegebenen.“

Eine weiter linksstehende Regierung ist kaum möglich. Nicht nur, weil der Reichspräsident sie nicht will, sondern auch weil eine Mehrheit, die die Führung der Sozialdemokratie anerkennt, in diesem Reichstag nicht vorhanden ist. Wenn heute wieder die Regierung Brining als das maßgebendste Kriterium der zur Zeit möglichen Regierungen angesehen wird, so ist das eine Folge des verdrängten Wahlergebnisses vom 14. September, das die Sozialdemokratie geschwächt, die Mittelparteien, mit Ausnahme des Zentrums, zerfallen und einen arbeitsunfähigen Reichstag geschaffen hat.

Die sozialdemokratische Partei hat allen Grund, diese Lage der Dinge mit vollkommener Nüchternheit zu betrachten. Liebe zur Regierung Brining und den bürgerlichen Parteien der Mitte wird es gewiß nicht sein, was ihr Handeln bestimmen wird. Aber ebenso wenig wird sie ohne Not aus einer Verdrängung heraus, die Tausendmal begründet ist, eine Haltung einnehmen, die den schlimmsten Feinden des arbeitenden Volkes und der demokratischen Freiheit hilft, ihre Ziele zu erreichen.“

Die demokratische „Vossische Zeitung“ schreibt zu der Situation: „Je schwieriger die Mehrheitsbildung wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit,

daß die Regierung kurzen Prozeß macht.“

Ihr Programm, das im Reichstag trotz aller Gegenfälle glatte Annahme gefunden hat, kann und darf nicht zum Gegenstand wochenlanger Verhandlungen gemacht werden, bei denen nicht die Sache, sondern die Angst vor dem schlicht unterdrückten Wähler den Ausschlag gibt. Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß noch vor dem Zulauferstein des Reichstages, der auf den 3. Dezember angelegt ist, die Sanierungsgehalte auf Grund des Artikels 48 Gesetzeskraft erlangen.“

*

Artikel 48.

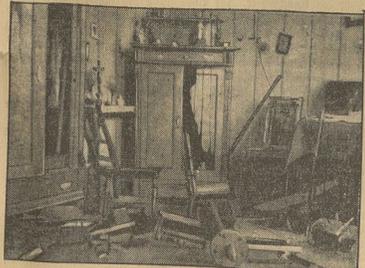
In politischen Kreisen ist, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, die Frage nur erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Gelege verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft legen könne. Die Reichsregierung habe durch die zuständigen Stellen diese Frage prüfen lassen und als Ergebnis dieser Auslegung sieht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Gesetzen in der Lage, sei, den Artikel 48 anzuwenden.

Polen-Terror in Schlesien.

Deutschland ruft den Völkerbund an.

Der deutsche Generalkonsul in Katowitz, von Grünau, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und hat der Reichsregierung über die Verfolgung der deutschen Minderheit in Oberschlesien Bericht erstattet. Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, ist das von Grünau vorgelegte Material so umfangreich und so wichtig, daß nimmer die Möglichkeit gegeben ist, auf Grund des Artikels 72 der Genfer Konvention und auf Grund des Artikels 12 des Völkerbundesvertrages die entsprechenden Schritte beim Völkerbundsrat einzuleiten.

Die Antikindigung, daß die deutsche Regierung den Völkerbund anrufen werde, hat in ganz Polen Wunder bewirkt. Auf einmal gibt man diesen Terror nicht nur zu, sondern man geht sogar gegen die Schuldigen vor. So wurden jetzt auf Anordnung der Regierung in Warschau der Gemeindevorsteher und der Schulleiter in Hohenbirkeln, wo sich die Terroristen tagelang in der gemeinteten Weise gegen Deutsche befähigt haben, ihrer Ämter enthoben. Der Leiter der Polizei wurde freigesetzt. Gleichzeitig sind auf Anordnung der Warschauer Regierung für die geschädigten Deutschen 3500 Zloty zur Verfügung gestellt worden. Angelangt wurden in Sachen Hohenbirkeln bisher 12 Terroristen verhaftet.



Verfügte deutsche Wohnungen in Hohenbirkeln.

Der Fall Golaßowicz.

Breslau, 26. Nov. (E.F.) In Golaßowicz (Polnisch Oberschlesien) wurden auf Veranlassung der polnischen Behörden, 30

Deutsche, darunter der Küster und Organist, verhaftet. Sie wurden sämtlich im Keller der Romanbantur in Katowitz untergebracht.

Als in der Nacht des vergangenen Sonnabends polnische „Aufständische“ zu einem Sturm gegen das Gemeinhaus und die Schulen in Golaßowicz rührten, läutete der Küster die Sturmglocke. Die Folge war, daß sich 70-80 Deutsche den „Aufständischen“ entgegenstellten und es zu einem regelrechten Kampf kam. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Später wurde der Dorfpolizist Schnapka mit mehreren Wessertischen herbeigeholt und in die Schule getragen, wo er halb verstorben, seinen Tod sollen die Deutschen verurteilt haben, obwohl, wie es heißt, einwandfreies Beweismaterial hierfür keineswegs vorliegt.

Angehoben hat sich die gemischte Kommission des Völkerbundes angenommen und eine Untersuchung eingeleitet.

Polnische Erklärungen.

Warschau, 26. Nov. (E.F.) Das polnische Innenministerium gibt zu den letzten Zwischenfällen in Polnisch-Oberschlesien, denen einige Menschenleben zum Opfer gefallen sind, offiziell bekannt, daß es sich nicht um deutsche Minderheitsbürger, sondern um zwei Polen, die von Deutschen ermordet worden seien. In mehreren Fällen seien zwar auch Deutsche überfallen worden. Die Unternehmung ist eingeleitet. Einige Personen seien bereits verhaftet. Pastor Harßlinger aus Golaßowicz, dem in dem Kommuniqué des Innenministeriums jahrelange antipolnische Hege vorwurfsweise wird, die schließlich die Ermordung des polnischen Polizeimeisters in G. zur Folge gehabt haben soll, Behörden gestellt. Gleichzeitig hat das polnische Mitglied der gemischten Kommission im Namen seiner Regierung Protest beim Präsidenten Calonderin eingelegt, gegen den angeblich eigenmächtigen Votallertin des deutschen Militäres Jagen in Hohenbirkeln.

Die polnische Regierungspresse verurteilt die Vorgänge in Oberschlesien entweder zu bagatelisieren oder gar die Schuld an ihnen den Deutschen zuzuschreiben, indem sie von „neuen“ Gewalttaten deutscher Minderheitsangehöriger in Oberschlesien berichtet.

Deutsche Protestkundgebungen.

Breslau, 26. Nov. (E.F.) In Gleiwitz und Ratibor sind am Sonntag große Kundgebungen gegen den Terror der Polen gegen die deutschen Minderheiten geplant. An der Kundgebung in Gleiwitz werden sich sämtliche Fraktionsführer der Stadtratsordnungsvereinigungen, sämtliche politischen Parteien und alle Richtungen der Gewerkschaften beteiligen.

Abmarsch nach rechts.

Die Wirtschaftspartei als Wegbereiter der Nazis.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei hat am Dienstag einstimmig beschlossen, aus der Verantwortung zu fliehen und den Reichsjustizminister Dr. Brödel aus der Regierung zurückzuziehen. Brödel hat bereits sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Reichstanzler wird ihn in Frieden ziehen lassen.

Die Gründe, die den Reichsausschuß der Wirtschaftspartei veranlaßt haben, Herrn Professor Brödel — diesmal endgültig und unumkehrlich — aus dem Kabinett zurückzuziehen und damit die Brücke zur Regierung Brining abzubauen, sind verheerender Art. Einmal mischt sich der Anunahmeleiter und Geschäftsführer der Wirtschaftspartei auf diesem Gebiete gegen ihn, was die Regierung bisher auf diesem Gebiete getan hat, im wesentlichen auf seine Kosten. Aber auch schon gegen diese Kosten regt sich die Opposition der Mittelständler und wahrheitsliebenden Bürger, es könne eines Tages doch am Ende etwas Ernsthaftes gegen ihre Interessen geschehen, die sie nebenbei immer wieder in gewinnbringendem Selbstbewußtsein mit den Interessen der deutschen Wirtschaft und denen des gesamten deutschen Volkes gleichstellen.

Dazu kommt, daß sie sich freie Hand gegenüber der Notverordnung und insbesondere gegenüber jenem Teil, der sich auf die Einführung einer Gemeindegrenze anstelt, vorbehalten dürfen wollen. Aber was das Wesentlichste ist: sie fürchten die Konfurrenz der Nationalsozialisten. Die haben ihnen im Wahlkampf Abbruch getan und die Wirtschaftspartei sich nicht so enttäuscht lassen, wie deren Führer es mit Bestimmtheit erwarteten. Die fahren auch nach der Wahl fort, ihnen ins Ohr Gehege zu kommen und mittelständlerische Gegenseiten mit Hilfe ihrer Demagogie zu sich herüberzuziehen. Und weil nun die Freunde des Herrn Dreihügler sich nicht die Kraft zutrauen, mit den Nationalsozialisten den Kampf um die Stimmen der polnisch bin und her schwankenden Schichten in Kleingewerbe und Landwirtschaft aufzunehmen, versuchen sie es mit einer Politik der Anpassung. Sie distanzieren sich vom Kabinett Brining nach rechts hin. Sie machen in Opposition, um den Wählern die Überzeugung beizubringen, daß sie ebenso zuverlässig sind wie ihre Mitregierer.

Aber alle diese Gründe werden nicht offen ausgesprochen. Man erklärt nach außen hin, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen könne, auf die die Sozialdemokratie unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß ausübe, und daß die Reichsregierung ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Freiabgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen versuche, müsse eben der Trennungspolitik gezogen werden.

Diese Argumentation mutet, gelinde gesagt, komisch an. Die Regierung Brining verfuhr im Reichstag nicht über eine sichere Mehrheit. Die Parteien, die in ihr vertreten sind, reichen bei weitem nicht aus, um ihr eine solche zu verschaffen. Die Sozialdemokratie hat ihr aus Ermüdungen, auf die sie in diesem Zusammenhang nicht einmal eingehen brauchen, bisher über Schwermüdigkeit hinweggeholfen. Von einer Anlehnung des Kabinetts an die Sozialdemokratie war und ist keine Rede.

Herr Brining hat mit den sozialdemokratischen Parteiführern verhandelt, genau wie er mit den deutschnationalen und nationalsozialistischen Vertretern verhandelt hat. Er hat ihre Wünsche angehört und mit ihnen Möglichkeiten von Abänderungen seiner Projekte durchgesprochen. Dabei ist es bislang nicht einmal klar geworden, ob eine Verständigung über die Befestigung gewisser Bestimmungen der Notverordnung vom Juli erzielt werden kann. Dabei weiß man noch nicht, wie es mit dem Finanzprogramm wird, und der Haushaltsplan für 1931 ist überhaupt noch nicht Gegenstand der Diskussion gewesen. Das einzige, was die Wirtschaftspartei der Regierung vorwerfen können, ist eben daß sie sich bei verschiedenen Bestimmungen die Unterstützung der Sozialdemokratie hat gefallen lassen.

Die Partei der Anunahmeleiter würde wahrscheinlich ebenso erfreut gewesen sein, wenn die Unterstützung von den deutschnationalen oder den Nationalsozialisten gekommen wäre. Aber sollte sie die doch bisher im Einvernehmen mit den Mittelständlern betont hat, daß sie sich an die Fraktionen nicht gebunden fühle, nun etwa vom Parteizentrum aus, meist für sich, und hinter dieser Fassade? Herr Dreihügler verlangt es jedenfalls, und hinter dieser Fassade steht eben nichts anderes als der Wunsch, für die Nationalsozialisten den Weg zur Regierungsbeteiligung frei zu machen. Die Wirtschaftspartei will ein Kabinett der Rechten. Sie will die Mitwirkung der Hitlerianer und ist bereit, den Nationalsozialisten jeden Preis zu zahlen, mit anderen Worten, sie nützt auch Brödel aus als Wegbereiter. Sie bildet sich ein, daß das die Methode sei, ihre eigene Anhängerschaft bei der Stange zu halten und sie gegen die nationalsozialistischen Bestrebungen zu sichern.

Daß die Nationalsozialisten ebenfalls sozialistische Deflamationen verüben und Anträge stellen, die auch dem Mittelstand bedenklich erscheinen können, sieht die braven Leute nicht weiter an. Sicher mit Recht! Denn sie glauben nicht an den Erwerb sozialer Berühmtheit und schätzen die radikalen Thesen als das ein, was sie sind und immerhin ist es bezeichnend genug, daß sie sich denen in die Arme werfen, die wenigstens in ihrer Agitation sich noch radikaler gebärden als der marxistische

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sagen wir auf diesem Wege unseren

herzlichen Dank.

Befondern Dank dem Schrebergartenverein Süd, sowie Herrnarrer Schulz für seine trostreichen Worte.

Halberstadt, den 26. November 1930.
Namens der trauernden Hinterbliebenen:
Ww. Maria Friedrichs.

Dankfagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Ahnen sagen wir allen unseren

herzlichen Dank.

Familie Kotte.

Stadt-Theater

Mittwoch, den 26. November, 20—22 $\frac{1}{2}$ Uhr:
„Der rasende Sperling“ oder „Straßenmusik“
Komödie von Säurek (0.50—8.00)

Donnerstag, den 27. November, 20—23 Uhr:
„Viktoria und ihr Husar“
Operette von Abraham (0.80—6.00)

Polizei-Verordnung
über den Handel mit Brot nach feinem Gewicht.

Nach Grund der §§ 73 und 74 der Gewerbeordnung für das Deutsche Reich in Verbindung mit Artikel III des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Verordnungen von Unterverordnungen vom 24. Juli 1930 (RGBl. I, S. 365), sowie auf Grund der §§ 5, 8 und 16 des Gesetzes über die Vollziehungsverordnungen vom 18. März 1930 (RGBl. I, S. 289), des § 148 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1933 (RGBl. I, S. 116) und der Verordnung über Verordnungsverfahren und Anlagen vom 4. September 1924 (RGBl. I, S. 44) wird mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halberstadt folgende Polizeiverordnung erlassen.

§ 1.
1. Über Brot der im § 1 des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930 (RGBl. I, S. 259) genannten Arten gewöhnlich angesetzt, feilhaft, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt, hat in letzter Verkaufsstelle einen Unschlag anbringen, auf welchem in deutlich fahle und lesbarer Weise der nach einem ganzen Vielfachen von 250 Gramm berechnete Preis des zum Verkauf gelangenden Brotes angegeben ist.
2. Der Unschlag ist je anzubringen, daß er von der Stelle aus, an welcher der Verkauf des Brotes stattfindet, ohne Schwierigkeiten zu lesen ist.
3. Der Unschlag muß vor der Ausbringung und bei jeder Preisveränderung der Vielfachgröße zur Überprüfung vorgelegt werden, die kostenfrei erfolgt.
§ 2.
Das Gewicht des feinen Brotes muß ein ganzes Vielfaches von 250 Gramm sein.
§ 3.
1. Der Verkauf des Brotes im Sinne des § 1, Abs. 1, hat, soweit nicht vom Käufer ausdrücklich etwas anderes verlangt wird, nur nach einem ganzen Vielfachen von 250 Gramm zu erfolgen.
2. Hat jedem zum Verkauf bestimmten Brote ist dessen Gesamtgewicht, sowie der Tag der Herstellung in geeigneter Weise deutlich anzugeben.
§ 4.
1. Um jeder Verkaufsstelle für Brot im Sinne des § 1, Abs. 1, muß eine den Vorschriften der Abgabe und Gewichtsordnung entsprechende Waage mit den nötigen Gewichtswerten vorhanden sein.
2. Die Benutzung dieser Waage und Gewicht ist jedem Käufer zum Abwiegen des gekauften Brotes zu gestatten.
§ 5.
Die Vorschriften dieser Verordnung gelten nicht für Brot bis zu 250 Gramm.
§ 6.
Zusammenfassungen gemäß der §§ 1—4, sowie der Verkauf von feinem Brot der im § 1 des Brotgesetzes vom 17. Juli 1930 (RGBl. I, S. 259) genannten Arten mit einem geringeren als dem auf dem Brote anzugebenden Gewichte werden mit Geldstrafe bis zu 150 RM. bestraft.
§ 7.

Diese Verordnung tritt am 30. November 1930 in Kraft.
Halberstadt, den 18. November 1930.
Die Polizeiverwaltung, gez. Mertens.

Schlachthof-Freibad Donnerstag von 9 bis 11 Uhr
Rindfleisch, rot . . . 30 Pf. 60 Pf.
Schweinefleisch, rot . . . 30 Pf. 60 Pf.
Schweinefleisch, gekochtes . . . 30 Pf. 60 Pf.

Besuchen auch Sie das gute und preiswerte Atelier
Georg Fehreke,
Bismarckstraße Nr. 44.

Allen Kranken zur Nachricht,
daß ich am Donnerstag, den 27. ds. Mts., von 10—6 Uhr in Halberstadt, im Hotel „Weißes Rad“ zu sprechen bin. Jede kostenlose Auskunft über die Anwendung meiner Naturmittel, die sich bei Rheuma, Gicht, Schlaf, Nerven, entzündung, Schilddrüse, Bluthemen und Gichtkrankheiten bestens bewährt haben. Beim Gebrauch meiner Mittel sind selbst in schweren und seit Jahren erfolglos behandelten Fällen eintritt. Die sehr meine Erwartungen übertreffen haben.

Frau Pauck, Braunshweig,
Gießlichstraße 10.

Zinsfreie
entkündbare Hypotheken-Darlehen für Bau, Kauf, Hypotheken-Ablösung nach mäßiger Wartezeit bei Erfüllung der Pflichtenleistungen.
Keine Zinsen — nur Tilgung.
„Aemania“ Bau- und Hypotheken-Entschuldung G. m. b. H., Berlin NW 7, Dortheenstr. 29.
Für persönliche Beratung und kostenlosen Auskunfts-erteilung ist unser Inspektor Herr Garlin in

am Freitag, den 23. November, vormittag von 10—12 Uhr, im Hotel „Weißes Rad“ in Halberstadt, Breitweg 3/4.
Beratungsvertrag: Otto Hahn, Halberstadt, Paulplatz 25, Telefon 2846.

Der Notschrei

Sparen

verwandelt sich zur Verschwendung, wenn Kleider, Anzüge usw. durch Selbstwaschen und -färben verdorben werden. In Wahrheit sparen können Sie nur, wenn Ihre Kleidung regelmäßig sachgemäß chemisch gereinigt wird in

Küffners

modern eingerichteten Betrieb in Halberstadt
Harsleberstraße 12 Holzmarkt 23
Telephon Nr. 2088.

Konsum- und Spargenossenschaft für Quedlinburg und Umgegend
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Bilanz vom 30. Juni 1930

Vermögen	GRW	BRW	Verpflichtungen	GRW	BRW
1. Betriebswerte:			1. Eigene Mittel:		
Waren	146 000,—		Geschäftsguthaben	65 619,16	
Maschinen	43 000,—		Hiereverbinds	20 608,44	
Inventory	33 129,92		Spezialanlehnsbonds	4 317,48	
Kraftwagen	4 000,—		Stierbefälle	1 203,69	91 749,77
Gepäck	1 500,—	229 629,52			
2. Grundstücksvermögen:			2. Grundstücksvermögen:		
Grundstück Nieder	2 500,—		Grundstücke	1 600,—	
„ Ballstraße	1,—		„ Sparanlagen	60 000,—	61 600,—
„ Gernrode	14 000,—				
„ Reimleib	7 000,—		3. Laufende Verpflichtungen:		
„ Steinweg	182 178,98	206 679,98	Städtische Sparstoffe	10 467,50	
3. Anlage- und Flüssigvermögen:			Sparanlagen	188 619,43	
Anteile G&G	14 250,45		Rauten	5 600,—	
„ Volksfürsorge	800,—		„ Kassen	62 821,58	
„ Biergebilde	400,—		„ Kassen	44 939,93	
Sparstoffe Kasse	30,20		„ Kassen	2 632,15	310 100,28
„ Kasse	1 250,04	17 939,21	„ Kassen		4 571,12
4. Forderungen:			4. Erübrigung:		
Hypotheken	4 483,76				
Debitoren (Gewerkschafts-	7 177,69				
„ Kaufleute	3 105,—	14 766,44			
Außenstände					
		168 015,15			488 015,15

Mitgliederbewegung
Bestand am 1. Juli 1929 2976 Mitglieder
Eingetretene im Laufe des Geschäftsjahrs 490 „
Zusammen 3466 Mitglieder

Die Natsumme der Mitglieder
betrug am 1. Juli 1929 148 900 RM.
durch 475 Eintritts erhöhte sich die Summe um 24 500 „
auf und verminderte sich durch 269 Austritte um 4 100 „
so daß am 30. Juni 1930 verblieben 169 200 RM.

Der Vorstand.
H. Wiesel, Gustav Hort, Helm. Simon.

Noch ist es Zeit, Ihr Eigentum gegen Rost und Fäulnis durch Anstrich zu schützen

Oele, Lacke, Farben
und alle Bedarfsartikel für Lackierungen und Anstriche
Jachmannsches asprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

Rohstoff-Genossenschaft der Maler
Bilcherstr. 19. Geschäftsz. von 8—12 u. 2—5 Uhr. Fernr. 161

Schablonen, Boherwache, Salmingelbst, Rostschutzfarben, Isoliermittel geg. feuchte Wände

Morgen Donnerstag **frisch geschlachtet!**
ab 10 Uhr: Stehrfleisch mit Würste.

B. Hörhold, Hauswirtschaftl. Ratgeber. 18 Strum 2107

Hilfe! Hilfe!
Sie werden wieder gesund durch magnetopathische Behandlung.

Rheumatische Beschwerden, Nervenschmerzen, Schilddrüsenerkrankungen, Migräne, Kopfschmerzen, Bluthochdruck, Gicht, Ischias, Krebserkrankungen usw. hilft schnell und sicher **Kurt Sommer**, Magnetop., Augustenstraße 7, part. Sprechstunden 9—16 Uhr. Mäßige Preise. Auf Wunsch Hausbesuch.

Grünlith 8 Pfund 20 Pfennig.
B. Rathenaustr. 29 (Ecke Spiegelstr. Hof links).
Reparatur, Wiederherstellung, Einmalige, Rost-Abwehr.

Otto Wilcke Seydlitzstraße 8 werden **Fahrrad- und Motorrad-Reparaturen** gut und billig ausgeführt.
Inselerien bringt Gewinn

Naverma
Donnerstags-Gericht
Viktor-Erbsenfl. 1 Pfd. n. 22 Pf.
Geschülte Erbsen 1 Pfd. n. 32 Pf.
Sauertrant 1 Pfd. n. 5 Pf.

Zum Schlachten
Majoran, Thymian, Buchweizengrütze, Würstchen, Wurstband sowie sämtliche Gewürze.

Fritz Bösch
Breitweg 12.

Die Gabel der Menschheit
sind heute die Erkältungskrankheiten. Sie schützen sich dagegen durch den steten Gebrauch der „Kaiser's-Brust-Caramellen“. Über 15000 beglückte Zeugen sprechen für die großen Erfolge der bewährten

Kaiser's Brust-Caramellen
mit 27 Tannen

Zu haben in Apotheken, Drogerien und in Plakate Adressen.

Promplin
PASTILLEN
behandeln nicht nur die Kehle sondern behandeln den Menschen

Jede Promplin-Pastille hat einen genau berechneten Zuckergehalt. Sie können also ohne Gefahr gegessen werden. Sie können auch bei Kindern gegeben werden. Promplin-Pastillen sind in jeder Drogerie, Apotheke und in jedem Lebensmittelgeschäft zu haben. Sie sind in jeder Sprache beschriftet und können auch von Fremden gegeben werden.

S. P. D., Halberstadt
Freitag, den 29. Novbr., abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus
Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Die politische Lage.
2. Demonstration am Sonntag.

Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein guter Besuch notwendig.
Der Vorstand.

Osterwieck.
Die von mir am Nachlage über Herrn Beigedordneten Ulrich ausgeprochenen Beileidigungen nehme ich mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erkläre, daß die von mir gemachten Äußerungen nicht der Wahrheit entsprechen.

Osterwieck a. S., den 24. Nov. 1930
Karl Schünemann

Bekanntmachung.
Auf die im Amtsblatt der Regierung Magdeburg Seite 47, Seite 278 von 1930 — bekanntgegebene Polizeiverordnung über den Handel mit Brot nach feinem Gewicht vom 25. Oktober 1930 wird hingewiesen.
Osterwieck-Oars, den 25. November 1930.
Die Polizeiverwaltung.

Quedlinburg.
Schriftliche Stadtverordneten-Sitzung.
Donnerstag, den 27. November 1930, 17 Uhr.

1. Schriftliche Abänderung der Satzung des Sanitätsplans für 1930 u. erneute Beschäftigung über Einführung der Bürgersteuer und der erhöhten Wertsteuer, sowie Erhöhung der Grundbesitzsteuer, 2. Genehmigung einiger Abänderungen der von der Stadtverordneten-Versammlung beschlossenen Beschäftigung für die Stadtverordneten-Versammlung, 3. Ermäßigung der Grundbesitzsteuer, 4. Ratifizierung für die Abgabe von öffentlichen Grund. 4. Ratifizierung eines zweiten Bürgermeisters.
Quedlinburg, den 24. November 1930.
Der Stadtverordneten-Vorstand.

Thale

Für die uns zu unserer Silber-Hochzeit in so reichem Maße erwiesenen Aufmerksamkeiten und Ehrungen sagen wir allen Freunden u. Bekannten auf diese Weise unseren **herzlichsten Dank.**

Thale, im November 1930.
Hermann Herlemann u. Frau.

Aufruf zur Protestkundgebung
gegen die Verletzung des Gastwirtsberufes durch Bier-, Getränke- und Tabaksteuern des Brünningschen Notverordnungs

Am Freitag, den 29. Nov., abends 7 Uhr, im Gasthof „Zur grünen Tanne“, Thale Redner: Herr Fritz Jordan, Magdeburg, Vorsitz des Reg.-Bez.-Verbandes im Deutschen Gastwirtsverband 2. ein Vertreter des Brauereiwesens.

Anschließend freie Ansprache!

Wirts, Anwesende, Musikler! Es geht um Eure Existenz! Konsumenten! protestiert gegen die fortgesetzte Verletzung der Getränke, welche Euch der Arbeit Erholung und Erfrischung in den Gaststätten bieten und erscheint! Gewerbetreibende! protestiert gegen die Verletzung eines Gewerbes, welches Euch nur Aufträge erteilen kann, wenn es zahlungsfähig bleibt! Keiner fehle!

Arbeitler! Ihr könnt keine Feste in Euren Villen feiern, bei denen Getränke jeder Art und Menge steuerfrei bleiben! Ihr trinkt Euer Glas Bier, Kaffee, Tee oder Limonade nach Feierabend oder Sonntags in der Wirtschaft und dort trifft Euch die Steuer, aus der Rauschen soll Euch unmöglich gemacht werden durch kolossale Erhöhung der Tabak- und Zigarettensteuer. — Protestiert gegen diese Klassensteuer und erhebt geschlossen!

Kreisverein Quedlinburg im Deutschen Gastwirtsverband
Gastwirtsverein für Thale und Umgebung
Lobsack, 1. Vorsitzender

Puppen-Klinik
Rudolf Schapke
Lichtengraben 1

Steindruckpresse
für Sandstrich mit Steinern der Firma Friedrich Steinberg, Berlin, zu erhalten.
Regis.-Nr. 1-R. 12

1. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 277

Mittwoch, den 26. November 1930

5. Jahrgang

Mobilmachung

der Volksbataillone gegen Großkapital und seine Nazibanden!

Das ist die Parole für Sonntag, den 30. November. An diesem Tage finden im Bezirk Magdeburg-Anhalt allerspätestens große Massenversammlungen derjenigen Männer und Frauen statt, die sich den Terror der Nationalsozialisten nicht mehr gefallen lassen wollen. —

Lange genug haben die Republikaner und Sozialisten diese Landplage gebüht. Noch mehr Kamput unerschreit und unter Volk und Land wird in namenloses Unglück geführt. Es gilt endlich gegen die Nazibanden die Massen der schaffenden Menschen aufzubieten.

Alle, ob jung, ob alt, müssen sich an den Versammlungen beteiligen. Von unseren Parteimitgliedern erwarten wir reifliche Beteiligung. Wir fordern aber auch unsere Wähler, alle Gewerkschafter, die Mitglieder, die Arbeiterpartei und Kulturorganisationen, Genossenschaftsmitglieder, Reichsbanneckerabendei wie überhaupt alle diejenigen zur Beteiligung auf, die willens sind, mitzuwirken.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg-Anhalt.

Der Bezirksvorstand. J. A. Gustav Ferl.

Eigerung der demokratischen Rechte des Volkes.

Am 3. Dezember soll der Reichstag seine Arbeit wieder beginnen. Das Volk hat dafür zu sorgen, daß der Reichstag arbeiten kann. Es muß aber die Gefahren kennen, welche die Nazis heraufbeschwören.

Wir wollen das Volk aufklären und aufrütteln.

Wenn es sein muß, dann wollen wir diejenigen, die es meinen, indem sie seine Räte für ihre politischen Ziele auszunutzen suchen, schäffeln, daß ihnen hören und Sehen vergeht.

Norwärts, ihr Jungen und ihr Alten, angetreten ihr alle! Die Volksbataillone müssen wir uns dem Boden stampfen. Meer will ich drücken, wenn es gilt, unsere Einigkeit und Geschlossenheit zu zeigen!

Gegenwärtig ist höchste Aktivität geboten. Gefahren rund herum bedrohen das schaffende Volk. Wir wehren sie nur ab in Einigkeit und Geschlossenheit. Unsere Aufgaben und Ziele treten klar hervor. Kämpfen wir dafür!

Massen heraus!

Der „Fall Fischer“.

Entlassung des Kommunisten Fischer bei Heine. — Reinsfall der Oppositionellen

mf. Helfstedt, 26. November.

Vor einigen Tagen wurde von der Firma Heine u. Co. der Kommunist Fischer entlassen. Das nimmt die kommunistische „Erbsinn“ in Magdeburg zum Anlaß, einen großen Schimpfartikel gegen die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften zu schreiben. Die Kommunisten aber haben gar keinen Grund, den Fall Fischer für ausgiebig zu behandeln, denn ihm liegen folgende, für Fischer nicht gerade gerechtfertigte Vorwürfe zugrunde:

Mit der Firma Heine u. Co. führte der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter eine Stilllegungsverhandlung. Die Firma beschloß, den Betrieb vom 20. Dezember bis 31. Januar teilweise stillzulegen. Von dieser Stilllegung wurden etwa 200 Arbeiter betroffen. Der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter wollte diese teilweise Stilllegung nach Möglichkeit verhindern; er stand bei diesen Verhandlungen vor der Wahl, entweder 50 Mann der Belegschaft auf die Straße zu werfen oder die Stilllegung aufzustimmen. Nach der Kommunisten Fischer, der Mitglied des Betriebsrates ist, erklärte sich mit dieser Regelung einverstanden, aber er verlangte eine Hinterabgabe in der Debatte werden zu müssen. Er glaubte seine Mitnationshäufen in die Debatte werden zu müssen, gleich oder falls die Stilllegung doch in Ausführung treten sollte. 50 Prozent des Lohnausfalls als Entschädigung. Das lehnte die Firma ab.

Am anderen Tage erschien eine kommunistische Betriebszeitung, hergestellt von einer Stelle, die von der Kommunistischen Partei eingerichtet ist. In dieser Betriebszeitung wurde über den Betriebsratsvorsitzenden, Genossen Israel, in einer Weise

hergezogen, die zum härtesten Protest herausforderte. Es wurde behauptet, daß der Betriebsrat sich gegen die Einführung der Zeitungsarbeit und gegen eine Entschädigung gewandt hätte. Das war eine große Lüge, denn der Betriebsrat hatte sich gleichfalls für eine Entschädigung der verdrängten Kollegen eingesetzt. Auf Grund dieser Falschbehauptung, in der auch die Firma Heine scharf angegriffen war, beantragte die Firma beim Betriebsrat eine Betriebsversammlung.

In dieser Versammlung erklärten sich etwa 60 von 319 anwesenden Kollegen für den kommunistischen Fischer. Die übrigen verurteilten das Verhalten Fischers und hoben ihn seines Amtes als Betriebsrat.

Darauf sprach die Firma Heine u. Co. die fristlose Entlassung Fischers wegen betriebschädigenden Verhaltens aus.

Fischer hat bei seinem Austritt in Heines Fabrik offenbar als Beauftragter der kommunistischen Gewerkschaftsopposition gehandelt. Welcher Kampfesweise er sich bediente, geht vor allem aus daraus hervor, daß er seine Kollegen im Betriebsrat mit „Kampfer“ und „Arbeiterverrat“ beschnitzte, ohne auch nur den geringsten Beweis für seine Behauptungen zu führen. Die Belegschaft hat aber durch ihre Zustimmung bewiesen, daß sie sich mit kommunistischen Prahlereien nicht solidarisieren will und will. Sie steht auf dem Standpunkt, daß die kommunistische Wühlarbeit in den Gewerkschaften nur unterbunden werden kann, wenn in schärferer Form gegen die Beauftragten der kommunistischen Gewerkschaftsopposition vorgegangen wird. Daß in diesem Falle der Vorwurf von der Firma entlassen wurde, hat er sich selbst zuzurechnen. Am Morgen wird auch die Gewerkschaft von ihm abtrüben. Damit dürfte der „Fall Fischer“ für den Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverband erledigt sein.

WERNIGERODE

Gedenktage

26. November.

1812 Französischer Rindzug über die Berezina. — 1822 Preussischer Staatsminister v. Hardenberg. — 1855 Preussischer Dichter Ad. Müllers. — 1857 Preussischer Eisenbahnbau. — 1918 Montenegro kommt zu Jugoslawien. — 1928 Königlich Preussischer Sozialist Reichert Bag. — 1927 Attentat auf den sozialistischen Wiener Bürgermeister Karl Seig.

Denken Sie an Weihnachten!

Der Groß- und Kleinhandel hat sich bereits auf sein Jahreshaupthaus, auf Weihnachten, eingestellt. In unerbittlich hellen Scheinwerfern strahlen die Schaufenster und laden Schaulustige an. Denken Sie an Weihnachten! macht ein zierliches Plakat inmitten einer Aufstellung feinsten Porzellan. Zu gerich erscheinen die Gegenstände, um höchsten Gebrauch zu dienen. Es wäre für die denkenden Menschen ein großer Beruhigung, zu wissen, daß die Steingutgeschäfte der 3 1/2 Millionen deutscher Arbeiter täglich genügend gefüllt sind. —

„Denken Sie an Weihnachten!“ fordert eine Inschrift vor Bergen von schönerer Wolle aus deren und feinen Stoffen. Wiesent laufend deutsche Kinder besitzen nicht viel mehr als ein einziges amliches Hemdchen? Auch Weihnachten wird der wenig oder gar nichts verdienende Vater dem Mangel taum abhelfen können. —

„Denken Sie an Weihnachten!“ Die entscheidend wirkt diese Aufforderung im Zusammenhange mit zahlreichen ausgestellten Wärme- und Heizapparaten! Der Anblick allein vermag ein Gefühl behaglicher Wärme, wärmigen Landlebens herbeizuführen. Unsere Arbeitslofen werden auch zu Weihnachten nicht mehr zu heizen haben als sonst, und das ist meistens wenig. Und die Kinder, die sonst meistens während der Schulstunden im Warmen sitzen, werden Weihnachten freier zu Hause sitzen. —

In den Spielzeugausstellungen drängt sich kleines und großes Publikum, viele darunter, die doch einen Schimmer von Weihnachten und Weihnachtszauber sehen wollen. Weihnachten soll doch ein besonderes Fest für alle sein; so lehrt man es doch noch die Kinder? — Schwierige wirtschaftliche Zeiten zu überwinden — so heißt es auf einer Plakette — nicht durch den Verzicht, sondern durch ein unablässiges Bemühen auf Unterhaltungsleistungen. Die gerade nun um unsern Tisch reichlich, das ist abwärts, Verdichtung, in Trost und Mithosigkeit hinein. Weihnachten? Wo das bitter Notwendige fehlt? —

Und doch; wir, das Massenbewußte Proletariat, wir denken auch an Weihnachten. Freilich nicht an das verlogene dristliche „Fest der Liebe“ der Religionen, das für die unverschuldeten Bestholden höchstens demütigende Alimosen, aber nicht das Recht auf Menschlichkeit übrig hat. Ueberhaupt die Wohlstandsklassen schmecken ja gerade zu dieser Zeit besonders in „Gefühl“, weil sie ihre Puppelammern wieder einmal leeren und überflüssigen und fast wertlosen Geschenken gegen „dankbare Herzen“ verpacken. Das dieses Geben sein Geben ist, sondern ein harter Verlust, das nicht zu Unrecht schlagende Gemühen von der ungerechten Güterverteilung unter den Menschen zu beschuldigen, das freilich können diese Leuten kaum einsehen. — Nein, wir denken an ein anderes Weihnachten: An die Menschheit, wir, wenn auch zu Zeiten wenig mehr möglich ist, als Schimmelfe abzumehren. Aber zurechnen, wo besser noch geschaffen würde. —

Umso eher wird das Weihnachten, was besser noch geschaffen würde, ein einiger das Proletariat als der zu Unrecht unterdrückten und seine Menschenrechte lang annea gepörrte, meistens überwiegende Volksteil in seinem Kampfe ist! Dieses Wollen soll auch unter uns blühende Augen entfachen, wenn an die Forderung herantritt: Denken Sie an Weihnachten! X.

Gesetz, das tötet

Roman von Frank Arnau

17. Fortsetzung. (Stadtredaktion verboten.)

„Wannhine Sie auch hinauszugehen?“ Julia dachte, daß sie mit ihrem bescheidenen Kleidchen keine besonders gute Figur machen würde.

„Ich möchte lieber sitzenbleiben. Es wird ja wohl nicht sehr lange dauern.“

„Eine Viertelstunde. Aber Sie haben ganz recht; es hat keinen Sinn, sich im Foyer drängen und sich von zu lassen. Darf ich bei Ihnen bleiben?“ — Sie nickte. Er fragte weiter: „Wie hat Ihnen das zweite Bild gefallen?“

„Julia dachte einen Augenblick nach: „Das ist nicht ganz leicht zu sagen. Aufregend, meine ich, aber — wie geht das nun weiter?“

„Das dritte Bild spielt bei Antonia. Hoffmann kommt sogar von der rechten zur linken Seite. Diese Antonia ist nämlich im Gegensatz zu Olympia und zu Olympia zur Seele. Diese Seele ist Lust. Und die Leidenschaft für den Gesang ist so groß, daß sie das allzu schmale Gesicht sprengt. Antonia singt für Hoffmann, obwohl sie weiß, daß es ihr Tod sein wird — und stirbt.“

„Warum ist das alles so traurig?“, fragte Julia sehr zu sich selbst als zu Dr. Jakobsohn.

„Alles Schöne ist traurig — vielleicht ist es gerade darum so schön, weil es traurig ist.“

„Julia verstand nicht recht, was er mit diesen Worten sagen wollte, aber sie sah das Bild des jungen Mannes ein wenig unklar vor sich gezeichnet und sah die Olympia nur Seite. Diese Antonia ist Lust. Und die Leidenschaft für den Gesang ist so groß, daß sie das allzu schmale Gesicht sprengt. Antonia singt für Hoffmann, obwohl sie weiß, daß es ihr Tod sein wird — und stirbt.“

„Warum ist das alles so traurig?“, fragte Julia sehr zu sich selbst als zu Dr. Jakobsohn.

„Alles Schöne ist traurig — vielleicht ist es gerade darum so schön, weil es traurig ist.“

Das Haus füllte sich wieder, das Licht erlosch, und aus dem Orchester stieg die Melodie der todgeweihten Liebe empor. Antonia sang und starb.

Und dann war man wieder in Lutters Keller, und die Tragik in Hoffmanns Leben fand ihren Ausklang.

„Wir müssen jetzt gehen“, tönte eine Stimme zu ihr. Sie war von dem Belehenern und nach mehr von dem Gehörten ganz benommen, versank in ersten Zustand nicht gleich, was Dr. Jakobsohn sagte. Nur langsam folgte sie ihm. Am Foyer, beim Fortgehen, fragte er, betraute unglücklich.

„Würden Sie mir, wenn ich Sie bäte, noch eine Stunde schenken?“

Sie sah ihn wie von weither an: „Wie meinen Sie das?“

„Es ist noch früh, denn die Oper hat ja kaum zwei Stunden gedauert. Es wäre sehr schön, wenn Sie noch mit mir auf ein Stündchen in irgendein Lokal gingen. — Oder — haben Sie Bedenken?“

„Bedenken? Nein, ganz nicht. Aber — ich bin doch eigentlich gar nicht so angezogen.“

„Lieber Gott — das braucht wohlwärtig Ihre letzte Sorge zu sein.“ Er bätete ihr gerne gelast, daß er sie in ihrem bescheidenen Kleidchen nicht schöner findet, als alle Damen im Opernhaus zusammen, aber er fand die Worte nicht und fürchtete auch, das Mädchen durch eine Schmeichelei scheu zu machen.

„Wo glauben Sie, daß mich hingehen sollten? Haben Sie irgendeinen Wunsch, Graulien Lehner?“

„Julia mußte lachen: „Ach? Aber ich habe doch keine Ahnung! Das muß ich schon Ihnen überlassen.“ Sie möchte nur nicht gerne dort sein, wo allzu viele Menschen sind.“

„Gut! Gehen wir also los!“

Die beiden traten auf die Straße. Es war kalt, aber trocken. „Wollen wir einen Wagen nehmen? Es ist zwar nicht weit zu haben und ich denke, daß wir dort ganz gut unterkommen. Nur ein paar Schritte — wollen wir gehen oder fahren?“

„Gehen selbstverständlich.“

Bei Habel schien Dr. Jakobsohn nicht unbekannt zu sein. Der Reiner besorgte einen kleinen Tisch in einer Ecke und warf nur ein wenig Julia hinein, einen etwas verunreinigten Tisch auf sie, als sie sich mit Dr. Jakobsohns Hilfe ihres Mantels entledigte. Sie hatte die Empfindung, nicht recht hierher zu gehören, und das bestimmte sie ein wenig. Sie geriet auch in Verlegenheit, als Dr.

Jakobsohn ihr die Speise- und Weinkarte mit der Bitte überreichte, zu wählen, und es genierte sie, daß der Keller an dem feinsten Tisch herbeigeführt war. Dr. Jakobsohn mochte das merken; er nickte dem Reiner zu: „Bist heute nicht so feig.“

„Der Reiner verstand.

„Ach muß das schon Ihnen überlassen, Herr Doktor“, sagte Julia, ihre Verlegenheit überwindend. „Es ist das erntmal, daß ich —. Abermals bin ich durchaus nicht hungert, denn ich habe zu Nacht gegessen, ehe ich in die Oper ging.“

Dr. Jakobsohn fand die Unhöflichkeit rührend. Er wählte und bestellte.

„Julia zierte sich nicht.“

„It es nicht wertwürdig“, sagte Dr. Jakobsohn, als er mit Julia zum erntmal angelesen hatte, „daß wir uns hier mit zwei alten Bekannte gegenüberlegen und haben uns doch erst ein paarmal in der Kasse gesehen! Ich kann mir nicht vorstellen, daß ich mit einer Ihrer Kolleginnen hier so sitzen könnte, wie mit Ihnen!“

„Es ist merkwürdig. Aber vielleicht ist es die Musik.“

„Der Ihre Schönheit!“ — sagte er leise.

Julia sah blutüberfahren, einen Augenblick herrschte Schweigen zwischen den beiden.

„Es hat keinen Sinn, über das Warum nachzugrübeln“, sagte der Jurist. „Abermals freue ich mich herzlich darüber, daß es so ist und daß Hoffmanns Erzählungen einen so liebenswürdigen Ausklang finden.“

Der junge Mann schien wirklich zu lieben, was er sagte. Er begann nun Julia auszufragen, wie sie meinte, was er ihrem Vater und von ihrer Mutter sollte sie erzählen und von allem, was sie interessierte und bemerkte. Julia erzählte bereitwillig, aber der Name des Kommerzienrates wurde nicht genannt, und das junge Mädchen schloß plötzlich ihre Beziehungen zu Albert Dominique als unredlich. Es war das erntmal. —

Dr. Jakobsohn erzählte auch von sich selbst. Er hatte seine Mutter früh verloren und nie die Wärme des Elternhauses kennengelernt, bagegen viel Sommer und Glend. Sein Vater sollte einen kleinen Handelsgeschäft im Osten der Stadt; dort war Leo Jakobsohn aufgewachsen und hatte schon geistig erfahren müssen, wie schwer einem Teil der Menschheit das Leben wird, und daß immer auf einen Glücklichen einige tausend Unglückliche kommen.

(Fortsetzung folgt.)

Mobilmachung

der Volkshatung gegen das Großkapital und seine Nazisbanden heißt die

Parole zum 30. November.

Am Sonntag, den 30. November, finden in den Unterbezirken Halberstadt und Bernigerode neben vielen Arbeiterpartei, Osterreich und Wertheim in Halberstadt nehmen alle Orte aus der Umgebung Halberstadt teil. In Osterreich nehmen die Orte aus dem westlichen Teil des Kreises Halberstadt teil. In Bernigerode beginnt die Demonstration 13 1/2 Uhr am „Monopol“ und endet in einem Umzug auf dem Marktplatz.

Für Osterreich findet am Sonntag, um 2 1/2 Uhr eine große Kundgebung auf dem Marktplatz statt. Die Generalkomitees, die Partei und das Reichsamt treffen sich um 2 Uhr im Rathaus.

In Osterreich spricht Reichspräsident Gen. Baerenprung-Magdeburg, in Bernigerode Reichstagsabgeordneter Paul Bader.

Diese Demonstrationen müssen

Massenkundgebungen gegen den Faschismus

werden. Gemeindeführer, Arbeiterpartei, Reichsbannerkämpfer und Parteimitglieder, ihr habt die Pflicht, an diesen Kundgebungen teilzunehmen. Denkt an Italien. Dort ist die Arbeiterbewegung zerfallen und geteilt, aber Rechte herrscht. Seht nach Thüringen und Braunschweig, wo Friede und Frieden regieren und ihr könnt euch denken, wie es in Deutschland aussehen würde, wenn der Faschismus zur Macht käme. Wir sind fertig, um alle Anschläge gegen die Republik und Arbeiterpartei abzuwehren. Der Faschismus wird nur zur Macht kommen, wenn die Arbeiter es zulassen. Deshalb müssen wir jederzeit kampfbereit sein. Diese Kampfbereitschaft wollen wir am 30. November zeigen. Deshalb rufen wir in Stadt und Land! Auf an die Arbeit!

Die Verbindungsgruppen Halberstadt, Osterreich und Bernigerode. vgl. Freie Schulte.

Nus Wehrstedt.

m. Gemeinschaftliche Verammlung von Partei und Reichsbanner. Am Sonntag, den 30. November, 18 Uhr, findet bei Raete eine gemeinschaftliche Verammlung des Reichsbanners und der Partei statt. Hierzu sind alle Parteimitglieder und Reichsbannerkameraden willkommen. Gewünschte Angehörige, Freunde und Gönner unserer Bewegung können als Gäste mitgebracht werden. Da wichtige Angelegenheiten zur Besprechung stehen, wird zahlreicher Beteiligung erwartet.

Aus Osterreich.

om. Eine wichtige Sitzung aller Parteifunktionäre findet heute 20 Uhr, im Rathaus statt. Vor allem müssen alle Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft der Partei, des Reichsbanners und der Arbeiter-Partei Bescheid wissen. Die Funktionäre unserer Nachbarorte sind ebenfalls eingeladen.

Kreis Halberstadt.

Diegenau, 23. November. Fort mit der Hillepreß, so lautet das Thema einer gutbesuchten Verammlung, in der Gen. Mollenhauer Halberstadt sprach. Der Redner gab eine interessante Übersicht über die gegenwärtige politische Lage nach der Reichstagswahl und kurzweilige die demagogische Agitation der Nationalsozialisten. Die nächste Aufgabe unserer Partei bestünde darin, die Hände der Faschisten zu durchkreuzen und zu verhindern, daß die nationalfeindlichen Kräfte auf Deutschland übertragen werden könnten. Die Nationalsozialisten können niemals in einem fortschrittlichen Staat zur Geltung kommen. Die Demokratie sei die gegebene Grundlage für die Wahrung der Arbeiterorganisation und zur Wahrung der demokratischen Selbstbestimmung. Die Sozialdemokratie habe freiwillig seine Aufgabe, die fortschrittliche Welle vom 14. September in eine Kampfbewegung zu geraten. Der nächste Sonntag, an welchem die Arbeiter der deutschen Republik zur Mobilmachung gegen den Faschismus aufrufen, müsse eine gemalte Demonstration werden, an welcher Feinde der Arbeiterpartei zu zeigen, wie stark die Wachen sind, die heute die Republik schützen. Am Anschluß an die beschlossene ausgenommenen Ausführungen nahm nach dem Vorlesenden Gen. Feuerbach das Wort und forderte die Verammlung auf, sich am kommenden Sonntag reiflos an der großen Demonstration in Osterreich zu beteiligen. Eine Zellerklärung brachte einen entsprechenden Beitrag für den Kampfplan der Partei.

Sin, 24. November. Der Parteivorstand hat die Tagesordnung für die Verammlung der Parteimitglieder am Sonntag, den 30. November, festgelegt. Dem 1. Antrage des Parteivorstandes Halberstadt auf Verlegung der Parteimitglieder ist wurde zugestimmt, da die Verlegung der Straße wegen des Autoverkehrs dringend notwendig erscheint. Ein Dien soll in der dritten Volkshaus für die Dienstwohnung angebracht werden. Auf Antrag des Parteivorstandes wurde ein Dienstwohnungsausschuß gewählt. Von der Gemeindeverwaltung wurden die Herren Bürgermeister Heide und der Landwirt Jernbach gewählt. Der Herr Bürgermeister Heide und der Landwirt Jernbach sind die Herren Heide und Jernbach. Es wurde ferner beschlossen, die Bürgerkarte einzuführen. Für das Deutschland im Auslande wurde ein einmaliger Beitrag von 30 Pf. bewilligt. Dem Antrag des Parteivorstandes auf Ausbau der Straße Sülz-Berengung für das Jahr 1931 wurde zugestimmt und die Kosten bewilligt. In anschließender nichtöffentlicher Sitzung wurden Maßnahmen beschlossen.

Aus Döchersleben.

o. Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Alle erwerbstätigen Kollegen müssen bis spätestens zum 28. November im Büro, Schützenstraße 15 gemeldet haben in einem Verzeichnis.

o. Gelangensort der Arbeiterpartei. Am kommenden Sonntagabend veranstaltet der Arbeiter-Obereinstimmung „Moinmütz“ im Stadtpark eine Gelangensort. Ein Besuch ist zu empfehlen.

o. Gewerkschaftsarbeit. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, im Stadtpark, Sitzung aller Delegierten. Zur Tagesordnung steht u. a.: Die Befreiung des Berliner Westempfers. Neue Bestimmungen in der Arbeitsfürsorge, sowie Stellungnahmen zur Gründung des Verbindungsausschusses der republikanischen Organisationen. Das Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht.

o. Verbindungsausschuß gegründet. In einer am Montag stattgefundenen von den Funktionären aller hiesigen republikanischen Organisationen außerordentlich hart beschlossene Verammlung wurde der Verbindungsausschuß für unser Arbeitsgebiet gegründet. Schon in der ersten Sitzung wurde die Tagesordnung für die Sitzung aller Delegierten festgelegt. Die Tagesordnung umfaßt die Bekämpfung der hiesigen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei gegen das Großkapital und seine Nazisbanden zu organisieren, wurde als wichtigste Aufgabe des Verbindungsausschusses bezeichnet. Jeder Einzelne hat jetzt doppelt seine Pflicht zu erfüllen. Drum los zur

Mitteldutsche Rundschau.

Kriminalkommissar Ziegler vor den Geschworenen.

Magdeburg. Vor dem Schwurgericht Magdeburg, unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Schüge, begann am Dienstag der juristisch beurteilende Teil der Kriminalpolizei in Burg. Den Kriminalkommissar Ziegler, angeklagt als Mordverdächtig. Während des Ablaufes des letzten Jahrzehnts sind gegen Ziegler viele Verurteilungen erlassen worden. Als aber im Juli d. J. Ziegler in verhängnisvoller Weise in ein Strafverfahren verwickelt wurde, das die Staatsanwaltschaft gegen den Händler und früheren Parteigenossen Selmar Schmitz eingeleitet hatte, und in welchem Ziegler als Nebenkläger auftrat, von dem Angeklagten der Beweis dafür angeboten und geführt wurde, daß Ziegler in früheren Prozessen in drei Fällen einen Meineid geleistet habe, wußten sich die prozeduralen Auswirkungen in der Burg geführten Verhandlungen ganz allgemein zu einem „Fall Ziegler“ aus, über den nimmlich die Geschworenen in Magdeburg zu urteilen haben. Für den Prozeß sind vier bis fünf Tage in Aussicht genommen worden. Ziegler wird beschuldigt, in drei Fällen vor Gericht einen Meineid geleistet zu haben. Im 9. 30. Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Schüge die Verhandlung. Zur Person vernahm, erklärte der Angeklagte, am 27. September 1882 in Ansbach geboren zu sein. Er wurde in Burg am 1. April 1919 prozedural als Oberwachtmeister eingestellt. Als solcher war er zunächst im Aufbausein tätig und später in der Kriminalabteilung. Sein direkter Vorgesetzter war der Bürgermeister Schmitz, zu dem Ziegler sich nicht zu stellen mußte, da das zwischen dem beiden Beamten schon nach kurzer Zeit ein Kampf hinter den Kulissen begann, der sich nach außen hin sehr unerkennlich auswirkte. Ziegler, der sehr ehrgeizig war, hatte den Wunsch, Kriminalkommissar zu werden, doch lehnte der Bürgermeister diese Beförderung ab. Es entstand eine Art Nebenregierung in Burg und beide Parteien bestreuten sich in der denkwürdigen Form. Ziegler wollte eines Tages sogar den Bürgermeister vernichten und der Bürgermeister wollte Ziegler vernichten, während der Inhaftation in eine Wollfabrik verwickelt gewesen sei. Ziegler wurde jedoch an seinen Vorgesetzten gebunden, er erreichte aber, daß er im Dezember 1923 zum Polizeikommissar befördert wurde. In diesem Amt verblieb er, bis er mit Verfügung vom Juni 1930 zum Amtsbeurteilungsamt und ihm die weitere Ausübung seiner Amtsstätigkeit unterlag wurde. Am 28. Juli 1930 erfolgte die Verlegung des Angeklagten in unmittelbarem Anschluß an den Ausgang des Strafverfahrens gegen den Fleischer und Händler Selmar Schmitz. Dieser Ziegler nach im Amts war, sich wiederholt schwere Vorwürfe gegen ihn erhoben worden, die schließlich zu einer unüberbrückbaren Antipathie weiter Kreise gegen ihn führten. Diese gegen ihn erhobenen Vorwürfe haben aber nur in einem Fall zu seiner Beurteilung geführt. Zwischen ihm und dem Rechtsanwalt Dr. Brodski in Burg entstanden Differenzen, die zu einer Beweisklage gegen Ziegler führten, der darauf zu einer Geldstrafe von 150 M verurteilt wurde. Ziegler hätte infolge des genannten Verurteilung mit Dr. Brodski die Vermutung, daß der letztere alles tun würde, um ihn aus dem Amte zu bringen. Dieser Vermutung gab er freien Ausdruck, konnte sie aber in dem nachfolgenden Verfahren gegen ihn nicht erhärten. Bei Erörterung der Frage über seine Wollfabrik im Jahre 1920 gibt der Angeklagte die Möglichkeit zu, im Zusammenhang damit dem Sinne nach die Zeugung getan zu haben, „er könne den Bürgermeister Schmitz ins Gefängnis bringen, wenn dieser ihn nicht zum Kriminalkommissar mache; Schmitz sei an einer Wollfabrik be-

teiligt, er habe ihn verhaften wollen und sei daran nur durch einen anderen Beamten gehindert worden.“ — Diese Zeugung hat Ziegler in früheren Verhandlungen vom Juli 1924 und im Mai 1930, während der Verhandlung im Jahre 1930, als wahr bezeugt. In diesem Punkt einen Meineid geleistet zu haben und behauptet, er sei im Jahre 1924 darüber nicht vernommen worden. Im Jahre 1930 hat er nicht bezeugt, über Schmitz abgibt Zeugungen getan zu haben, wohl aber, daß er sie untergeordnet gegenüber gemacht habe. Um weiteren Verlauf der Vernehmung des Angeklagten werden alle die gegen Ziegler seit dem Jahre 1919 erhobenen Vorwürfe und die Prozesse erörtert, in die Ziegler als Kläger, Nebenkläger oder Zeuge verwickelt wurde. Bezüglich des Falles der Spitzelaktion, die aus Anlaß eines Diebstahls bei der Tuchfabrik Jansche zur Ermittlung der Täter in Höhe von 1000 M ausgenommen waren, behauptete Ziegler anfangs, daß die Bekämpfung zur Verteilung gekommen wären. Später gab er zu, etwa 20 M für sich behalten zu haben. Im Jahre 1924 und im Mai und Juli 1930 hat der Angeklagte eides in Abrede gestellt, im Jahre 1919 im Hause des Schmitz in Burg gewesen zu sein und dort eine Hausdurchsuchung vorgenommen zu haben. Bei dieser Hausdurchsuchung sei er auch heute noch. Die Verhandlung wird daraufhin am Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt.

Schweres Baumgürtel.

Wormstedt. Bei den Kanalarbeiten in der Nähe von Osterreich erregte sich ein bedauerliches Unfallschicksal. Infolge des starken Sturmes stürzte plötzlich ein Baum auf ein mauerndes Mauerwerk und ein Zimmermann verlor dabei. Der Mauerer, Erich Golla aus Halle, mußte dem Krankenhaus zugewiesen werden.

Ablehnung des Hauswahlplans.

Calle. Der erneute zusammengetragene Kreis des Kreises Calle lehnte mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien, der Nationalsozialisten und der Kommunisten im Verhältnis von 17 gegen 14 Stimmen der Sozialdemokraten den Hauswahlplan für 1930 erneut ab, obwohl der Kreis Calle einen Zusatzartikel erteilte. Die Einmache und Ausgabe lag einen Betrag von 3 705 610 M vor. Die Kreisumlage betrug auf 45 auf 74 Prozent erhöht werden. 85 Prozent aller Ausgaben des Kreises sind Wollfabriken.

Wollfabrik und Vernehmung im Süd- und Ostharz.

Nordhausen. Die schweren Unwetter hatten auch im Süd- und Ostharz der Goldenen Aue und im Giesfeld großen Schaden angerichtet. Von überall her kommen die Meldungen, wonach die Flüsse über die Ufer getreten sind und die Felder überflutet. Ein Sturmwind, der im Laufe eines spärlichen Regenschwümmers über den Harz zog, hat ebenfalls Schäden abgebracht und Schaden gerichtet. Die wichtigsten Kreisblätter, welche zur Wiederherstellung des Harzes und Kraft. Die Telegraphenleitungen von Nordhausen zum Nordharz (nach Halberstadt, Braunschweig, Magdeburg etc.) sind gestört.

Die Post verliert 2500 Mark.

Osterreich (Altmarkt). Auf dem Wege zur Postkassette fand der Landwirt Franz Schum auf der Bahnhofstraße in Osterreich einen Postbeutel. Er nahm ihn auf und brachte ihn zur Post, so man sich bereits in großer Aufregung befand. In dem Beutel befanden sich 2500 M, die ein Postbeamter verloren hatte. Ueber die Ehrlichkeit des Finders herrscht nun auf dem Osterreich Postamt große Freude.

Stelle, wenn der Verbindungsausschuß Euch ruft! Wer will sich melden?

o. Aktionsprogramm der nächsten Tage. Flugblattverbreitung. Am Sonntag, den 29. November, ab 15 Uhr, sammeln alle Funktionäre der Arbeiterpartei zur Flugblattverteilung im „Stadtpark“. Die Verteilung der Partei wird vollständig erwartet. — Ausmarsch am Sonntag. Die Mitglieder des Verbindungsausschusses angeführten Organisationen treffen sich am Sonntag, den 30. November, mittags 1 Uhr, im „Stadtpark“ zu den Ausmärschen nach Hornhausen und Osterreich. In diesen Orten finden Kundgebungen gegen den Faschismus statt. Auch das hiesige Land muß für unsere Zwecke organisiert werden. Darum: Alles zur Stelle!

Kreis Döchersleben.

Mobilmachung

der Volkshatung gegen das Großkapital und seine Nazisbanden.

Am Sonntag, den 30. November, nachmittags 3 Uhr, finden im Kreis Döchersleben mit Unterstützung der Gemeindeführer und des Reichsbanners große Kundgebungen statt. Kurz vor dem Zusammentraten des Reichstags, vor großen Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien erhob die arbeitende Bevölkerung ihre Stimme. Einig und geschlossen muß der starke Wille zum Ausdruck kommen, daß wir es nicht dulden, daß die deutsche Republik von Nationalsozialisten beherrscht wird. Männer und Frauen rufen zur Teilnahme an den Kundgebungen.

Kundgebung in Cottroff.

Tagungsort Seidel. Redner: Landtagsabgeordneter und Parteiführer des Bauernbundes Julius Ruch-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Orts-, Bauer-, Arbeiter-, Jugend-, Frauen-, Kameradschaften und Hornhausen.

Kundgebung in Hornhausen.

Tagungsort Hesselein. Redner: Parteiführer Ernst Schumacher-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Orts-, Bauer-, Arbeiter-, Jugend-, Frauen-, Kameradschaften und Hornhausen.

Kundgebung in Crippenfeld.

Tagungsort Hechel. Redner ist der Geschäftsführer im Deutschen Bauernbundesverband Paul Reinhardt-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Orts-, Bauer-, Arbeiter-, Jugend-, Frauen-, Kameradschaften und Crippenfeld, Hammerleben und Westergöttern.

Kundgebung in Eilenfeld.

Tagungsort Magfeld. Redner ist der Geschäftsführer im Bauernbundesverband Franz Lange-Magdeburg.

Kundgebung in Dingestorf.

Tagungsort Schröder. Redner ist der Oberinspektordirektor Professor Dr. Schumacher-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind die Orts-, Bauer-, Arbeiter-, Jugend-, Frauen-, Kameradschaften und Dingestorf.

Kundgebung in Döchersleben.

Tagungsort Rade. Redner ist Genosse Paul Röhricht-Döchersleben. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle sozialistischen Arbeitervereine in Döchersleben.

Kundgebung in Amdorf.

Tagungsort Heilmann. Redner Genosse Gustav Schmidt-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle sozialistischen Arbeitervereine in Amdorf.

Kundgebung in Döchersleben, abends 8 Uhr.

Tagungsort Araham. Redner ist der Redakteur Genosse Engel-Magdeburg. Zur Teilnahme verpflichtet sind alle sozialistischen Arbeitervereine in Döchersleben.

Die Parteivorstände haben sofort die Verbindung mit den Vorständen der betreffenden Arbeitervereine aufgenommen und gemeinsam eine geordnete Durchführung der Kundgebungen zu garantieren.

Mit Parteigrüß.

Das Parteifunktionär.

Ernst Schumacher.

Hornhausen. 25. November. Gemeindevertreter-Sitzung. Am Montag, den 24. November fand im Volkshaus eine öffentliche Gemeindevertreter-Sitzung statt. Der Gemeindevorsteher gab das nach dem letzten Stande der Wollfabriksausgaben zu erwartende Defizit im Gemeindehaushalt bekannt und brachte der Gemeindeverwaltung in Vorschlag, die Einführung der erhöhten Biersteuer und die Bürgersteuer zu beschließen. Nach längerer Aussprache wurde die Einführung der erhöhten Biersteuer vom 1. Dezember ab beschließen, die Einführung der Bürgersteuer aber abgelehnt. Hinsichtlich wurde auf Grund der Verlegung des Vorlesenden des Kreiswahlplans eine Verordnungsordnung für die Gemeindebeamten und Angestellten, sowie für die Beamten des Amtsbezirks beschließen. Danach folgte eine nichtöffentliche Sitzung.

Aus Thale.

o. Metallarbeiter-Verammlung. Der Bericht von der Bezirks-tagung in Quedlinburg wurde von Voll. B. in Thale gegeben. Zum Berliner Kreis sprach Voll. B. in Thale. In der Diskussion wurde vor allem die Spaltungsarbeit der SPD. verurteilt. Wie waren sich einig, daß nur eine geschlossene Arbeiterpartei etwas leisten kann. Es wurde mitgeteilt, daß für die erworbenen Kollegen und Inwohner eine Wahlzettelbesetzung abgeben soll.

S. P. D. Thale

Am Freitag, den 28. November 1930, beim Genossen Schinkel wichtige Parteiverammlung

Vollständige Erscheinung erwartet Der Vorstand.

o. Kleine Thaler Nachrichten. An der Spigenbrücke wollte sich ein Lebensmüder in die reißende Bode stürzen, wurde aber daran gehindert. — Vom 20. 11. wird am Mittwoch, den 28. Nov. eine Erwerbslosenversammlung im „Steinbühl“ abgehalten. In dieser wird der Direktor vom Arbeitsamt in Quedlinburg sprechen.

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Briefporto, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechs Mal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von anderen Orten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verleger: Halberstädter Volksstimme, Paul Weber, O. m. b. H., Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Arthur Wolfenbüttel, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Redakteur u. Inhaber Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restkolonne 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebildet ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr in Abhängigkeit von Anzeigen-Raumzahl in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313), Postfach Nr. 4626 und Volksbuchhandlung (Zeitungsbüro) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 277

Mittwoch, den 26. November 1930

5. Jahrgang

Trübe Aussichten.

Die Partei vor neuen schweren Entschlüssen.

Berlin, 26. November. (E.F.) Der Reichstangler hat seine Besprechungen zur Klärung der parlamentarischen Lage am Dienstag fortgesetzt und außer Vertretern des Christlichsozialen Volksbundes folge der Landvolkspartei empfangen. Am heutigen Tage wird er sich mit den Deutschnationalen, der Bayer. Volkspartei und nochmals mit der Sozialdemokratie besprechen. Die Kabinettsbildung, in welcher Brüning über die Ergebnisse seiner Besprechung berichten und das Kabinett über den weiteren Weg zur Durchführung der vom Reichstag bereits verabschiedeten Gesetzvorlagen beschließen wird, findet voraussichtlich am Donnerstag statt.

Was wir gestern schon antizipierten, wird heute morgen durch den „Vorwärts“ bestätigt. In der Tat steht die Partei wieder vor Entschlüssen, die an das politische Verständnis der Mitglieder die höchsten Anforderungen stellen. Unser Zentralorgan fließt die wenig erfreulichen Kunde in folgende Worte:

Eine Reichsregierung als Disziplinierungsregierung oder eine Reichsregierung als Mehrheitsregierung mit dem Zentrum oder aber die Regierung Brüning, die, wenn es geht, parlamentarisch regiert, wenn es aber nicht geht, mit einem irgendwie autoritären Verwaltungsrecht — diese Möglichkeiten scheinen zur Zeit die allein gegebenen.

Eine weiter linksstehende Regierung ist kaum möglich. Nicht nur, weil der Reichspräsident sie nicht will, sondern auch weil eine Mehrheit, die die Führung der Sozialdemokratie anerkennt, in diesem Reichstag nicht vorhanden ist. Wenn heute vielen die Regierung Brüning als das wahrscheinlichste Resultat der zur Zeit möglichen Wahl erscheint, so ist das eine Folge des veränderten Wahlergebnisses vom 14. September, das die Sozialdemokratie geschwächt, die Mittelparteien, mit Ausnahme des Zentrums, zerfallen und einen arbeitsunfähigen Reichstag geschaffen hat.

Die sozialdemokratische Partei hat allen Grund, diese Lage der Dinge mit vollkommener Mächtigkeits zu betrachten. Liebe zur Regierung Brüning und den bürgerlichen Resten der Mitte wird es gewiß nicht sein, was ihr Handeln bestimmen wird. Aber ebenso wenig wird sie ohne Not aus einer Deregierung heraus, die Landvolksfremden das arbeitenden Volkes und der demokratischen Freiheit gilt, ihre Ziele zu erreichen.“

Die demokratische „Völkische Zeitung“ schreibt zu der Situation: „Je schwieriger die Mehrheitsbildung wird, desto größer wird die Wahrscheinlichkeit,

daß die Regierung kurzen Prozeß macht.

Ihr Programm, das im Reichstag trotz aller Gegenfälle glatte Annahme gefunden hat, kann und darf nicht zum Gegenstand wochenlanger Verhandlungen gemacht werden, bei denen nicht die Sache, sondern die Angst vor dem sofort unterrichteten Wähler den Ausschlag gibt. ... Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß noch vor dem Zulauften des Reichstages, der auf den 3. Dezember angelegt ist, die Sanierungsgeetze auf Grund des Artikels 48 Gesetzeskraft erlangen.

Artikel 48.

In politischen Kreisen ist, wie das „Berliner Tageblatt“ berichtet, die Frage nur erörtert worden, ob die Reichsregierung auch die Gelege verfassungsändernden Charakters mit Hilfe einer Notverordnung auf Grund des Artikels 48 in Kraft setzen könne. Die Reichsregierung habe durch die zufälligen Stellen diese Frage prüfen lassen und als Ergebnis dieser Auslegung steht sie auf dem Standpunkt, daß sie auch bei verfassungsändernden Gesetzen in der Lage, sei, den Artikel 48 anzuwenden.

Polen-Terror in Schlesien.

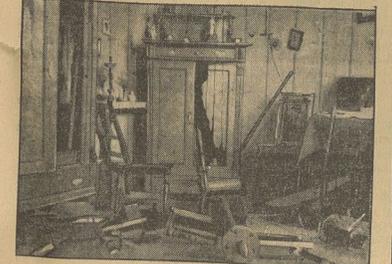
Deutschland ruft den Völkerbund an.

Der deutsche Generalkonsul in Katowisz, von Grünau, ist am Dienstag in Berlin eingetroffen und hat der Reichsregierung über die Verfolgung der deutschen Minderheit in Oberschlesien Bericht erstattet.

Wie von zufälliger Stelle mitgeteilt wird, ist das von Grünau vorgelegte Material so umfangreich und so reichhaltig, daß nunmehr die Möglichkeit gegeben ist, auf Grund des Artikels 72 der Genfer Konvention und auf Grund des Artikels 12 des Völkerbundesvertrages die entsprechenden Schritte beim Völkerbundesrat einzuleiten.

Die Antikindung, daß die deutsche Regierung den Völkerbund anrufen werde, hat in ganz Polen Munder bewirkt. Auf einmal gibt man diesen Terror nicht nur zu, sondern man geht sogar gegen die Schuldigen vor. So wurden jetzt auf Anordnung der Regierung in Warschau der Gemeindevorsteher und der Schulleiter in Hohenbierken, wo sich die Terroristen tagelang in der gemeinen Masse gegen Deutsche befähigt haben, ihrer Ämter enthoben. Der Leiter der Polizei wurde Kapituliert.

Gleichzeitig sind auf Anordnung der Warschauer Regierung für die geschädigten Deutschen 3500 Plaz zur Verfügung gestellt worden. Insgesamt wurden in Sachen Hohenbierken bisher 12 Terroristen verhaftet.



Zerstörte deutsche Wohnungen in Hohenbierken.

Der Fall Golassowiz.

Breslau, 26. Nov. (E.F.) In Golassowiz (Polnisch Oberschlesien) wurde auf Veranlassung der polnischen Behörden, 30

Deutsche, darunter der Küster und Organist, verhaftet. Sie wurden sämtlich im Keller der Kommandantur in Katowisz untergebracht.

Als in der Nacht des vergangenen Sonnabends polnische „Aufständische“ zu einem Sturm gegen das Gemeindegewölbe und die Schulen in Golassowiz riefen, läutete der Küster die Sturmglöcke. Die Folge war, daß sich 70-80 Deutsche den „Aufständischen“ entgegenstellten und es zu einem regelrechten Kampf kam. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Später wurde der Dorfpolizist Schmapka mit mehreren Wessertischen herbeigeführt und in die Schule getragen, wo er bald verhaftet. Seinen Leib sollen die Deutschen verpfundet haben, obwohl, wie es heißt, einwandfreies Beweismaterial hierfür keineswegs vorliegt.

Angehörigen hat sich die gemischte Kommission des Völkerbundes angenommen und eine Untersuchung eingeleitet.

Polnische Erklärungen.

Warschau, 26. Nov. (E.F.) Das polnische Innenministerium gibt zu dem letzten Zwischenfall in Polnisch-Oberschlesien, denen einige Menschenleben zum Opfer gefallen sind, offiziell bekannt, daß es sich nicht um deutsche Minderheitsbürger handelt, sondern um zwei Polen, die von Deutschen ermordet worden seien. In mehreren Fällen seien auch Deutsche überfallen worden. Die Untersuchung sei eingeleitet. Einige Personen seien bereits verhaftet. Pastor Harfingler aus Golassowiz, dem in dem Kommuniqué des Innenministeriums jahrelange antipolnische Hege vorgeworfen wird, die schließlich die Ermordung des polnischen Polizeiwachmanns in G. zur Folge gehabt haben soll, ist nach Polnisch-Oberschlesien zurückgekehrt und hat sich sofort den Behörden gestellt. Gleichzeitig hat das polnische Mitglied der gemischten Kommission im Namen seiner Regierung Protest beim Präsidenten Calonderin eingelegt, gegen den angeblich eigenmächtigen Vorkastermin des deutschen Mitgliedes Algen in Hohenbierken.

Die polnische Regierungspresse verübt die Verfolgung in Oberschlesien entweder zu bagatelisieren oder gar die Schuld an ihnen den Deutschen auszuschieben, indem sie von „neuen“ Verbrechen deutscher Minderheitsangehöriger in Oberschlesien berichtet.

Deutsche Protestkundgebungen.

Breslau, 26. Nov. (E.F.) In Kleinwitz und Ratibor hat am Sonntag große Kundgebungen gegen den Terror der Polen gegen die deutschen Minderheiten geplant. An der Rundgebung in Kleinwitz werden sich sämtliche Fraktionsführer der Stadtverordnetenversammlung, sämtliche politischen Parteien und alle Richtungen der Gewerkschaften beteiligen.

Abmarsch nach rechts.

Die Wirtschaftspartei als Wegbereiter der Nazis.

Der Reichsaussschuß der Wirtschaftspartei hat am Dienstag einstimmig beschlossen, aus der Verantwortung zu fliehen und den Reichsjustizminister Dr. Frey aus der Regierung zurückzuführen. Frey hat bereits sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Der Reichstangler wird ihn in Frieden ziehen lassen.

Die Gründe, die den Reichsaussschuß der Wirtschaftspartei veranlaßt haben, Herrn Professor Frey — diesmal endgültig und unwiderruflich — aus dem Kabinett zurückzuführen und damit die Parteien zu der Regierung Brüning abzugeben, sind verheerender Art. Einmal mißfällt den Anhängern und Geldgebern aus höchste die Preissteigerungspolitik. Zwar beschränkt sich das, was die Regierung bisher auf diesem Gebiete getan hat, im wesentlichen auf höhere Gehälter. Aber auch schon gegen diese Gehälter regt sich die Opposition der Mittelständler und mehrheitlich fürchten sie, es könne eines Tages doch am Ende etwas Ernsthaftes gegen ihre Interessen geschehen, die sie nebenbei immer wieder in bewundernswertem Selbstbewußtsein mit den Interessen der deutschen Wirtschaft und denen des gesamten deutschen Volkes gleichstellen.

Dazu kommt, daß sie sich freie Hand gegenüber der Notverordnung und insbesondere gegenüber jenem Teil, der sich auf die Einführung einer Gemeindegrenzensteuer bezieht, nicht leisten wollen. Aber was das Wesentlichste ist: sie fürchten die Konzentration der Nationalsozialisten. Die haben ihnen im Wahlkampf Abbruch getan und die Wirtschaftspartei sich nicht so enthalten lassen, wie deren Führer es mit Bestimmtheit erwarteten. Die fahren auch nach der Wahl fort, ihnen ins Gehege zu kommen und mittelständlerische Kreislagen mit Hilfe ihrer Demagogie zu sich herüberzuziehen. Und weil nun die Freunde des Herrn Drewhig sich nicht die Kraft zutauen, mit den Nationalsozialisten den Kampf um die Stimmen der polnisch hin und her schwankenden Schichten in Kleingewerbe und Landwirtschaft aufzunehmen, versuchen sie es mit einer Politik der Anspannung. Sie distanzieren sich vom Kabinett Brüning nach rechts hin. Sie machen in Opposition, um den Wählern die Ueberzeugung beizubringen, daß sie ebenso zuverlässig sind wie ihre Mitbewerber.

Aber alle diese Gründe werden nicht offen ausgesprochen. Man erklärt nach außen hin, daß sich die Wirtschaftspartei an keiner Regierung im Reich beteiligen könne, auf die die Sozialdemokratie unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß ausübe, und da die Reichsregierung ihre Politik in Anlehnung an die Sozialdemokratie unter Preisgabe lebenswichtiger Interessen des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft durchzuführen veruche, müsse eben der Parteiaussschuß seine Aufgabe ablehnen.

Regierung nicht hat nicht richtig hinstimm dema

verh sozial gehö jette wurd stimm

freut nationa hollte betret etwo hi? deru sogte Wi

Daß die Nationalsozialisten ebenfalls sozialistische Deklamationen verüben und Anträge stellen, die auch dem Mittelstand bedeutend erscheinen müssen, sieht die braunen Leute nicht weiter an. Eifer mit Recht! Denn sie glauben nicht an die Freiheit des Einzelnen und schätzen die radikalen Methoden als das ein, was sie finden aber immerhin ist es bezeichnend genug, daß sie sich denen in die Arme werfen, die weniger in ihrer Agitation sich noch radikaler gebärden als der marxistische

